

Nach Worterteilung durch die Vorsitzende berichtet Herr Stadtrat Hillgruber zum aktuellen Sachstand.

Neu sei, dass das Land die Fläche der Erstaufnahmeeinrichtung durch Container erweitern wolle und diese Fläche dann vorerst nicht von der Stadt für Wohnbebauung genutzt werden könne. Herr OB Bergmann habe vom Land eine schriftliche Mitteilung erbeten, die in den nächsten Tagen erwartet werde, und Ziel sei eine seriöse Gremienbeteiligung. In der Ratsversammlung am 14.11.2023 werde der aktuelle Sachstand möglicherweise TOP sein.

Vom Land sei außerdem eine persönliche Information erbeten worden.

Der Standort Hindenburgkaserne werde noch geprüft. Geflüchtete mit schlechter Bleibeperspektive sollten nicht untergebracht werden. Die Stadt arbeite an einem neuen Integrationskonzept zusammen mit anderen Erstaufnahmeeinrichtungsstandorten mit.

Die vorliegende Mitteilungsvorlage sei als Information sowie Grundlage für eventuelle Anträge gedacht.

Die Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Dr. Klinck weiter, der die Verunsicherung wegen der möglichen Plätze in der Hindenburgkaserne wahrnehme und das Land angeschrieben habe, weil bislang von dort kein Antrag auf Prüfung bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erfolgt sei. Das Land sei aus seiner Sicht gut beraten, zu sondieren, wo die Belastungsgrenze liege. Er sehe auch den Bund in der Pflicht, für eine bessere Regulierung zu sorgen, und spreche sich für eine entsprechende personelle Ausstattung aus.

Die Vorsitzende erkundigt sich nach dem Protokoll zum Spitzengespräch bei der Landesregierung am 9.10.2023, und Herrn Stadtrat Hillgrubers Ansicht nach seien die aktuelle Position und Planung primär bedeutend.

Herr Inci sehe Bedarf für Klarstellung.

Die Vorsitzende erkundigt sich bei Herrn Dr. Klinck, inwiefern realistische Rückführungsmöglichkeiten bestünden, und Herr Dr. Klinck erachtet eine deutliche Verbesserung als nötig. Er wolle sich für eine gemeinsame „task force“ mit Bund, Land und Kommune einsetzen sowie für adäquate Finanzmittel.

Herr Balster spricht sich für einen schnellen Dialog aus vor dem Hintergrund einer Antisemitismusgefahr, die er sehe.

Herr Dr. Kandzora spricht sich für eine bessere Verteilung der Unterkünfte als auch für Begrenzung aus in Anbetracht der geplanten Platzzahlerhöhung.

Aus dem Ausschuss werden die verschiedenen vorhandenen Möglichkeiten für Fragen der Bürger/-innen benannt.

Herr Stadtrat Hillgruber betont die logische Forderung nach Infrastruktur bei Erhöhung der Platzzahl für Geflüchtete.

Herr Inci betont die Freizügigkeit im Rechtsstaat und dass die Integration bei guter Bleibeperspektive beschleunigt werden müsse, anderenfalls aber auch schnelle Abschiebungen.

Die Vorsitzende wünscht sich eine Bürger-Sprechstunde seitens des Landes.